



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Nordrhein-Westfalen-Programm 1975

Nordrhein-Westfalen / Landesregierung

Düsseldorf, 1970

3.4 Arbeitsmarkt

urn:nbn:de:hbz:466:1-8442

Maßnahmen bis 1975

Ausbau der Flurbereinigungsbehörden zur Neuordnung von jährlich 50 000 ha; Ausbau der Wirtschaftswege; Förderung von Aussiedlung und baulichen Maßnahmen in Althöfen.

Landesausgaben im Programmzeitraum 492 Mio DM.

3.33

Marktstruktur

Der konzentrierten Nachfrage nach Agrarprodukten ist ein konzentriertes Angebot gegenüberzustellen. Mit der Verbesserung der Marktstruktur soll erreicht werden, daß die markt-nahen Erzeuger im Wettbewerb mit konzentriert anbietenden marktfernen Erzeugern bestehen und ihre Marktanteile behaupten können. Dieser Wettbewerb trägt dazu bei, daß die Nahrungsgüter den Verbrauchern qualitativ hochwertig und preisgünstig angeboten werden. Besondere Bedeutung kommt der Zusammenfassung der Ware zu großen Partien einheitlicher Qualität zu. Die Reformen zur Verbesserung der Molkereistruktur werden fortgesetzt. Gleichzeitig werden Reformen zur Verbesserung der Vieh- und Fleischmärkte eingeleitet.

In diesem Sinne ist die Vermarktungsstruktur weiter zu verbessern. Im Interesse einer langfristigen Konsolidierung des Absatzes von Agrarerzeugnissen sind Einrichtungen mit langfristigen Abnahmeverträgen besonders zu fördern.

Für marktorientierte Produkte sind Erzeugergemeinschaften besonders geeignet. Sie ermöglichen eine Konzentration der Erzeugung und des Angebots sowie eine Verbesserung der Qualitäten.

Langfristiges Ziel

Verbesserung der Marktstruktur im Interesse der gesamten Agrarwirtschaft.

Maßnahmen bis 1975

Schaffung eines wettbewerbsfähigen Marktes mit leistungsfähigen Betrieben auf der Bearbeitungsstufe sowie im Handel; Förderung von Erzeugergemeinschaften.

Landesausgaben im Programmzeitraum 135 Mio DM.

3.4

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktpolitik bedeutet Vorsorge gegenüber Störungen des Arbeitsmarktes. Sie ist besonders eng mit der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik verzahnt. Das bedeutet, daß gegen Störungen des Arbeitsmarktes in erster Linie auf Bundesebene vorgebeugt werden muß. Die Bundesanstalt für Arbeit mit ihren Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern ist die dafür wichtigste Einrichtung.

Allerdings ist nicht nur der Bund, sondern auch das Land für den Arbeitsmarkt verantwortlich. Für eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung hat das Bildungssystem entscheidende Bedeutung; Bildungspolitik ist weithin vorweggenommene Arbeitsmarktpolitik.

Konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit kennzeichneten 1966 und 1967 die Lage auf dem Arbeitsmarkt Nordrhein-Westfalens. „Strukturell“ waren in erster Linie Bergleute, Textilarbeiter und ältere Arbeitnehmer, und zwar besonders im Ruhrgebiet und in den Textilgebieten, betroffen. Die damals getroffenen Maßnahmen,

- Hilfen für die von Stilllegungen betroffenen Bergleute,
- Einberufung der Arbeitsmarktkonferenz als ständige Einrichtung,
- Aufstellung und Durchführung des Entwicklungsprogramms Ruhr,
- Errichtung des Berufsförderungszentrums Essen als Modell-einrichtung der beruflichen Erwachsenenbildung für das Bundesgebiet,
- Schaffung von Betrieben zur Beschäftigung älterer, schwer vermittelbarer Arbeitsloser,

passen harmonisch zu den langfristigen Zielen des Nordrhein-Westfalen-Programms 1975.

Es wird künftig seltener als bisher möglich sein, ein Leben lang ein und denselben Arbeitsplatz zu behalten. Der arbeitende Mensch muß seine beruflichen Fähigkeiten fortlaufend verbessern und sich somit immer neuen Zugang zu offenen Stellen und besseren Arbeitsplätzen erschließen. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes liegt in der beruflichen Qualität. Sie wird garan-

tiert durch eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik, die die Landesregierung in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung verfolgen wird.

Die berufliche Anpassung an veränderte Gegebenheiten muß durch Fortbildung und Umschulung erleichtert werden. Um strukturelle Arbeitsmarktstörungen zu vermeiden, wird es nötig sein, auf der Grundlage einer langfristigen Analyse der Wandlungen der Berufsstruktur und in Kenntnis der Voraussetzungen der Bereitschaft zum Berufswechsel Umschulungsprogramme vorzubereiten und im ganzen Land Umschulungsmöglichkeiten anzubieten. Das Arbeitsförderungsgesetz, das Berufsbildungsgesetz und das Ausbildungsförderungsgesetz bieten dafür gute Möglichkeiten.

3.41

Berufsstruktur

In Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Jahren die Zahl der in der Landwirtschaft und im Bergbau Beschäftigten stark zurückgegangen. Stark abgenommen hat auch die Zahl der Textilnäher, Tischler, Lederhersteller und Lederarbeiter. Wachsende Bedeutung erlangten Berufe im Bereich des Maschinenbaus und der Kunststoffverarbeitung. Einen durchschnittlichen Zuwachs hatten die Erziehungs- und Gesundheitsberufe. In dem Bereich der allgemeinen Dienstleistungen stand dem starken Rückgang der hauswirtschaftlichen Berufe eine Zunahme von Berufen gegenüber, die ursprünglich zu den privaten Haushalten gehörten, wie z. B. die Reinigungsberufe. Berufe mit planenden, ordnenden, verteilenden und verwaltenden Aufgaben hatten die relativ höchsten Zuwachsraten. Insgesamt gesehen ist Nordrhein-Westfalen noch stärker als andere Länder von einem industriellen Wandlungsprozeß mit dem Zwang zur Berufsänderung zahlreicher Arbeitnehmer und Selbständiger betroffen.

Die Kenntnis über die Veränderung der Berufsstruktur in der Vergangenheit ist verhältnismäßig gut; die Möglichkeiten der Voraussage über den zukünftigen Arbeitsmarkt sind

Fortbildung und Umschulung

Die Landesregierung wird im Programmzeitraum neue Möglichkeiten zur beruflichen Fortbildung und zur Umschulung von Erwachsenen in Abstimmung mit der Berufsausbildung der Jugendlichen erschließen. Sie wird zusammen mit der Arbeitsverwaltung damit beginnen, ein System regionaler Einrichtungen zur beruflichen Erwachsenenbildung zu errichten.

Das „Berufsförderungszentrum Essen“ soll als Modelleinrichtung für die berufliche Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik im Programmzeitraum weiter ausgebaut werden. Einige weitere Berufsförderungszentren sind einzurichten. Daneben müssen regionale Umschulungsstellen mit Lehrwerkstätten geschaffen werden. Die Umschulungsstellen sind in einem dichten Netz in allen Landesteilen zu errichten, wobei eine Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen in neuen Erwachsenenbildungszentren möglich erscheint. Die ergänzende Nutzung betrieblicher oder überbetrieblicher Einrichtungen zur praktischen Berufsbildung ist sicherzustellen. Die Umschulungsstellen müssen im Mittelpunkt regionaler Arbeitsmärkte liegen und von allen Umschulungswilligen in höchstens einer Stunde erreicht werden können.

Im Programmzeitraum sollen als Zuwendungen zum Aufbau von Einrichtungen zur beruflichen Erwachsenenbildung 20 Mio DM gegeben werden.

Neben bereits arbeitslosen Arbeitnehmern müssen diejenigen Berufstätigen umgeschult werden, die zwar noch nicht arbeitslos sind, deren Arbeitsplatz jedoch wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage ihres Unternehmens oder Betriebes oder wegen der schwierigen Lage des betreffenden Wirtschaftszweiges (z. B. Textilindustrie, Landwirtschaft) bedroht ist. Aber auch Arbeitnehmern, die arbeitslos werden könnten, weil ihre Fähigkeiten neuen beruflichen Erfordernissen nicht entsprechen, müssen Möglichkeiten der beruflichen Fortbildung und Umschulung eröffnet werden.

Die beruflichen Bildungsmaßnahmen für Erwachsene dürfen sich nicht an den Lehrplänen, Ausbildungszeiten,

jedoch noch sehr begrenzt. Es werden daher im Programmzeitraum folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Untersuchung der zukünftigen Berufsstruktur in Nordrhein-Westfalen.
- Verbesserung der amtlichen Arbeitsmarktstatistik.
- Sammlung und Bereitstellung arbeitsmarktbezogener Daten in der Datenbank der Landesregierung.
- Aufklärungsaktionen zusammen mit der Arbeitsverwaltung über die Zukunftsaussichten verschiedener Berufe.
- Aufklärungsaktionen zusammen mit der Arbeitsverwaltung über berufliche Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten sowie über die entsprechenden Förderungsbestimmungen.

Hierfür werden Kosten in Höhe von 10 Mio DM im Programmzeitraum entstehen.

Ein besonderes Problem der Berufsstruktur Nordrhein-Westfalens ist die verhältnismäßig geringe Beschäftigungsquote von Frauen. Im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet sind hier eine halbe Million Frauen weniger berufstätig. Es ist anzunehmen, daß der überwiegende Teil dieser Frauen bei einem geeigneten Angebot von Arbeitsplätzen einen Beruf ausüben würde. Die langfristige vorgesehene Erhöhung der Kindergartenplätze sowie die Einführung der Vorschule und der Ganztagschule werden die Möglichkeiten für diese Frauen, berufstätig zu sein, wesentlich verbessern.

Von zehn Frauen, die bereit wären, einer Erwerbsbeschäftigung nachzugehen, hat nur eine früher keinen Beruf ausgeübt. Mehr als die Hälfte der Frauen mit Berufserfahrung war als Angestellte, ein gutes Drittel als Arbeiterinnen beschäftigt. Von zehn Frauen äußerten acht den Wunsch nach einer Teilzeitbeschäftigung. Die Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung wird sich künftig verstärkt darum bemühen, daß weitere geeignete Arbeitsplätze für Frauen eingerichtet und insbesondere Teilzeitbeschäftigungsstellen gefördert werden. Die unterdurchschnittliche Beschäftigungsquote der Frauen in Nordrhein-Westfalen ist auch eine Chance für die Neuansiedlung von Betrieben.

Um die Berufswahl junger Menschen zu erleichtern, die zukünftigen Berufsaussichten und Berufsanforderungen für die Arbeitnehmer deutlicher sichtbar zu machen und um der Landesregierung verlässlichere Grundlagen für eine Arbeitsmarktpolitik zu geben, muß die Arbeits- und Berufsforschung auf folgenden Gebieten verstärkt werden:

- Zukünftige Berufsstruktur in Nordrhein-Westfalen.
- Verbesserung der Lage des arbeitenden Menschen im Betrieb.
- Belastungen und Bedingungen, unter denen die Arbeit heute und in Zukunft geleistet werden muß.

Für alle drei Forschungsrichtungen müssen in Nordrhein-Westfalen besondere Einrichtungen vorhanden sein. Die Forschungsstelle für Berufsforschung in Köln soll daher in ein „Institut für Berufsforschung“ umgewandelt werden. In Bochum soll ein „Institut für sozialwissenschaftliche Arbeitsforschung“ errichtet werden. Eine sinnvolle Arbeitsteilung dieser Einrichtungen mit dem „Institut für Arbeitsphysiologie“ in Dortmund ist sicherzustellen.

Für die Errichtung und den Ausbau von zwei Instituten werden im Programmzeitraum Kosten in Höhe von 10 Mio DM entstehen.

Langfristiges Ziel

Hohe Durchsichtigkeit der zukünftigen Berufsstruktur und ein besseres Arbeitsplatzangebot für Frauen.

Maßnahmen bis 1975

Aufklärungsaktionen über die Zukunftsaussichten verschiedener Berufe; Schaffung weiterer geeigneter Arbeitsplätze für Frauen; Errichtung von zwei Instituten für Berufsforschung und für Arbeitsforschung in Köln und Bochum.

Landesausgaben

im Programmzeitraum 20 Mio DM.

Berufsbildern und Prüfungen orientieren, die für Lehrlinge entwickelt worden sind. Bei berufserfahrenen älteren Arbeitnehmern kann oft auf die im Berufsbild vorgesehene Vermittlung von Fertigkeiten und Kenntnissen verzichtet werden, die in der vorangegangenen beruflichen Tätigkeit bereits erworben wurden. Auf Grund der größeren Berufserfahrung und Lebensreife wird die Ausbildungsdauer wesentlich zu verkürzen sein.

Die Leistungen der Arbeitsverwaltung an Teilnehmer beruflicher Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen sollen durch die Gewährung von Stipendien aus Landesmitteln aufgestockt werden. Im Programmzeitraum werden Ausgaben in Höhe von 40 Mio DM entstehen.

Besondere Maßnahmen sind zur Fortbildung und Umschulung von Erwerbstätigen aus der Landwirtschaft notwendig. Die landwirtschaftliche Beratung ist zur sozial-ökonomischen Beratung weiter zu entwickeln. Psychologische und soziologische Vorurteile gegen den außerlandwirtschaftlichen Erwerb müssen beseitigt und der Übergang in eine neue Tätigkeit erleichtert werden. Die landwirtschaftlich Erwerbstätigen mit ungenügenden Einkommens- und Lebensbedingungen sind in Zusammenhang mit der Arbeitsverwaltung verstärkt über die Möglichkeiten der Umschulung zu außerlandwirtschaftlichen Berufen und die dafür in Frage kommenden Förderungsmaßnahmen zu informieren und zu beraten. Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, daß die Umschulungsprobleme den besonderen Anforderungen der aus der Landwirtschaft Ausscheidenden in sachlicher und zeitlicher Beziehung angepaßt werden und daß die zusätzlich gebotenen Förderungen zur Fortbildung, die speziell zur Vorbereitung auf außerlandwirtschaftliche Berufe notwendig sind, auch von den Umschülern aus der Landwirtschaft in Anspruch genommen werden können.

In Ergänzung zu den Maßnahmen der Arbeitsverwaltung werden für die Landesförderung von Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft 7 Mio DM Kosten im Programmzeitraum entstehen.

Schließlich ist einigen leistungs-

geminderten und älteren Arbeitskräften durch Fortbildung und Umschulung allein kein sicherer Arbeitsplatz zu schaffen. Die Landesregierung hat für diese Fälle zusammen mit anderen Stellen die „Gesellschaft zur Verbesserung der Beschäftigtenstruktur“ gegründet. Es sind finanzielle Mittel für die Errichtung von Betrieben zur Beschäftigung älterer, schwer vermittelbarer Arbeitnehmer bereitgestellt worden. Die Landesregierung wird im Programmzeitraum neben dem Ausbau dieser Betriebe die Errichtung eines Modellzentrums für die berufliche Anpassung älterer, schwer vermittelbarer Arbeitnehmer fördern, in dem neben der Fortbildung, Anlernung und Eingewöhnungsbeschäftigung als weitere Hauptaufgabe Maßnahmen der Arbeitsplatzfindung und Berufserprobung durchgeführt werden sollen.

Die Kosten werden im Programmzeitraum für die Errichtung weiterer Betriebe und des Modellzentrums 6,5 Mio DM betragen.

Langfristiges Ziel

Wesentlich verbesserte Möglichkeiten der Fortbildung und Umschulung für Arbeitnehmer.

Maßnahmen bis 1975

Aufbau regionaler Umschulungseinrichtungen mit Lehrwerkstätten; Stipendien an Fortbildungs- und Umschulungsteilnehmer; spezielle Umschulungsprogramme für landwirtschaftlich Erwerbstätige; Errichtung von Betrieben zur Beschäftigung älterer, schwer vermittelbarer Arbeitnehmer.

Landesausgaben

im Programmzeitraum 73,5 Mio DM.